

aber nicht in Sicht sind, kenne ich gegenwärtig nur eine Möglichkeit der deutsch-deutschen Annäherung: das offene Gespräch miteinander. Gesprächsrunden, die in kleinen Gruppen aus Ost und West sich gegenseitig ihre Biographien erzählen, wo man einander genau zuhört und Entscheidungen und Urteile, die aus einem konkreten persönlichen oder gesellschaftlichen Kontext heraus getroffen wurden, zur Kenntnis nimmt und so stehenläßt. Da sind plötzlich Verständnis und Nähe spürbar. Und - ich kenne keinen lebendigeren und authentischeren deutsch-deutschen Geschichtsunterricht als diese von Peter von Oertzen und Wolfgang Thierse vor Jahren einmal angeregten Gesprächsrunden. Hätten wir als Friedrich-Ebert-Stiftung die finanziellen Möglichkeiten, wir würden jährlich statt drei dreihundert solcher Veranstaltungen anbieten.

Das SPD/SED-Streitpapier ist allein aus der damaligen Zeit heraus zu begreifen. Nur so ist es, wie vieles andere auch, richtig einzuordnen und im Sinne einer politischen Streitkultur gerecht zu beurteilen. Die hier publizierten Materialien der Diskussionsveranstaltung zum 10. Jahrestag des SPD/SED-Papiers „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“ vermögen dazu vielfältige Anregungen zu vermitteln. Bei allen Unterschieden im Detail war das so plural zusammengesetzte Podium und Publikum in einem einer Meinung: dieses Streitpapier ist kein „verfemtes“, sondern ein historisch bedeutsames Dokument. Das Dialog- und Streitpapier von 1987 war nicht als Dokument zur Destabilisierung und Überwindung der DDR konzipiert, sondern an ihrer Öffnung, ihrer Reformierung und Demokratisierung orientiert. Als Einstieg in eine demokratische Umgestaltung kam es zwar nicht mehr zum Tragen, aber seine Wirkungen in der DDR und auf die weitere Entwicklung der DDR waren dennoch gravierend. Die bisherige Doppelstrategie der SED - gewisse Flexibilität nach außen, Dialogverweigerung nach innen - scheiterte in der Folgezeit zusehends. Das Papier hatte ein einmaliges Signal zum inneren Dialog ge-

setzt, der-in Gang gekommen-nicht mehr ohne weiteres zu stoppen war. Da halfen dann selbst die krampfhaften Versuche der SED-Hardliner wenig, die Bedeutung des Dialog- und Streitpapiers herunterzuspielen und umzuinterpretieren. Die Auseinandersetzungen um dieses Papier wirkten dann auch als ein Katalysator des demokratischen Umbruchs und hatten nachweislich entscheidenden Einfluß darauf, daß dieser friedlich verlief.

Die hier abgedruckten Beiträge, Statements, Fragen und Antworten sind im Vergleich zur Podiumsdiskussion nur sprachlich leicht überarbeitet. Die Authentizität und die atmosphärische Dichte der Debatte wurde so gewahrt.

Neben dem Streitpapier aus dem Jahre 1987 dokumentieren wir noch zwei Artikel aus der Feder von Journalisten, die diese Dialogdebatten einst selbst als Augenzeugen beobachteten und anläßlich der fünften Wiederkehr der Veröffentlichung dieses Dokuments 1992 eine bilanzierende Rückschau wagten. Der interessierte Leser findet mit diesem Vergleich der Jahre 1987, 1992 und 1997 vielleicht zusätzliche Informationen, um sich sein eigenes Urteil über diese wesentliche Seite sozialdemokratischer Ost- und Deutschlandpolitik bilden zu können.

Axel Schmidt-Gödelitz

Leiter des Berliner Büros
der Friedrich-Ebert-Stiftung

DISKUSSIONSVERANSTALTUNG

1. Einführung in die Diskussion

Peter Merseburger: Ja, meine Damen und Herren, ehe ich mit dem sachlichen Rückblick beginne, der ja der Diskussion dienen soll, und ehe ich die Diskussionsteilnehmer vorstelle, will ich versuchen, die wichtigsten Fragen aufzulisten, die hier behandelt werden müssen. Es sind darunter natürlich auch einige kritische. Das Papier wurde von den einen in den Himmel gehoben, als eine Art Gipfelpolitik der Vernunft, der Entspannung gewissermaßen, von den andern verteuelt als Anbiederung der SPD, als Zeichen einer Äquidistanz zu den Werten und Systemen, der die Sozialdemokraten zunehmend verfallen sei. Thomas Meyer nannte es einmal ein Dokument der Hoffnung, nicht eine Garantie des Gelingens. Sicher: Es enthielt viel Hoffnung, aber gelungen - so würde ich sagen - ist es nicht. Die Sozialdemokraten billigten in diesem Streitpapier dem SED-Gesellschaftssystem ausdrücklich Reformfähigkeit zu - in einer Zeit, in der bereits deutlich wurde, daß die DDR den Reformen Gorbatschows nicht folgen würde. Gestatten Sie eine kleine persönliche Erinnerung dazu: Ich habe fünf Jahre aus der DDR berichtet, und mein letzter Bericht stammt von Pfingsten 1987. Das war justament das Jahr, in dem dieses Papier veröffentlicht wurde, wenn auch einige Monate später. Es gab damals ein großes Rockkonzert vor dem Reichstag in Westberlin, da drangen Tonfetzen über die Mauer, und es kamen Tausende von Jugendlichen aus Ostberlin und der Umgebung. Sie strömten Unter die Linden, um etwas von dem Konzert zu hören. Sie standen da, hörten zu. Sie waren nicht unfried-

lich. Sie wollten einfach hören, was da herüberschallte. Und wurden dann doch brutal zusammengeprügelt von der Volkspolizei. Damals erklangen nachts vor der Bottschaft Unter den Linden von den von der Volkspolizei Verfolgten die Rufe: „Gorbatschow! Gorbatschow! Gorbatschow!“ Man kann sagen, das waren hoffnungslose Rufe, das waren hilflose Rufe, es waren aber auch die Volkspolizei provozierende Rufe. Die das riefen, wurden erst recht zusammengeknüpelt. Und es waren natürlich Rufe nach einem Hoffnungsträger, der in der UdSSR angefangen hatte, Reformen zu verwirklichen, schrittweise wenigstens, die in der DDR längst überfällig waren und welche die DDR-Führung nicht durchführen wollte. Ich berichtete darüber, doch im „Neuen Deutschland“ wurde das ganze dann als ein Hirngespinnst abgetan nach dem Motto, daß nicht sein kann, was nicht sein darf. So schied ich natürlich mit einigen Zweifeln an der Reformfähigkeit, vor allen Dingen an der Reformwilligkeit der DDR-Führung aus der DDR und las dann später etwas überrascht, daß die SPD ausgerechnet diesem System, dem unübersehbar langsamsten Schiff im Perestroika-Geleitzug Osteuropas, Reformfähigkeit bescheinigte. Aber das gehört - ich gebe das zu - ans Ende der Diskussion und nicht an den Anfang. *An den Anfang müssen wir stellen:* Was war eigentlich der genaue Inhalt dessen, was vereinbart worden ist? Es war ja kein gemeinsames offizielles Dokument der beiden Parteien, die einander seit 70 Jahren verfeindet gegenüberstanden, sondern es war ein Thesenpapier zweier ihrer Kommissionen. Auf der einen Seite der Grundwertekommission, von Erhard Eppler angeführt,

auf der anderen Seite der Akademie der Gesellschaftswissenschaften, die man als die ideologische Gralshüterin des Marxismus-Leninismus der SED bezeichnen könnte. Beide Systeme, hieß es darin, hielten sich für reform- und friedensfähig, aber man muß fragen, ob dieses Papier nicht auch ein Januskopf war. Offene Kritik war ja einerseits erbeten, auf der anderen Seite wurden Einmischungen in innere Angelegenheiten untersagt. Genau daran entzündete sich dann später auch die Diskussion.

Zweitens wäre zu untersuchen: Welches waren die Motive der beiden Seiten? Wie sah die Lage damals in Europa aus, in der das Streitpapier entstand? Das Stichwort hierzu wäre: Wie drohend war eigentlich die Gefahr eines Nuklearkrieges oder eines nuklearen Schlagabtausches? Welche Rolle spielte der Versuch der Schadensbegrenzung - ein Versuch, von dem in der Zeit der Stationierungsdebatte Erich Honecker ebenso sprach wie Helmut Kohl?

Drittens: Wie war die Binnenwirkung in Ost und West? Was vor allem bewirkte das Pa-

pier in der DDR? Schließlich wurde es, kaum veröffentlicht, vom Chefideologen Kurt Hager durch Kanzelverkündigung im „Neuen Deutschland“ zurechtgerückt, korrigiert, auf den richtigen Glauben gebracht und für den Hausgebrauch entschärft. Was war es dann eigentlich noch wert? - müßten wir fragen. *Und viertens, nicht zu vergessen:* Was hat es bei den Sozialdemokraten bewirkt? Hat es nicht vielleicht doch ihre große deutschlandpolitische Fehlentscheidung vom Herbst 1989 mit verursacht? Hat die SPD nicht viel zu lange auf eine reformfähige DDR und viel zu lange, wenn nicht ewig, dann doch weiterhin sehr lange bestehenden zweiten deutschen Staat gesetzt und die SED als ihren Partner? Und hat dies nicht damit dazu geführt, daß Sozialdemokraten Gespräche mit den Dissidenten eben mit Rücksicht auf die SED und die vermeintliche Stabilität der SED zu lange gescheut haben? Ja, daß sie selbst den Kontakt mit der in Schwante neugegründeten SDP zurückstellten, obschon dies doch eigentlich der natürlichere Partner der SPD gewesen wäre?

Das sind - glaube ich - die vier Punkte, über die wir sprechen müssen. Und nun zu den vielen Sachkundigen auf dem Podium, die ich Ihnen vorstellen möchte. Natürlich Erhard Eppler, den Vorsitzenden der Grundwertekommission und Verhandlungspartner Otto Reinholds; Rolf Reißig - heute Leiter des Brandenburg-Berliner Instituts für Sozialwissenschaftliche Studien (BISS e.V.), damals in der Akademie für Gesellschaftswissenschaften einer der Hauptautoren des umstrittenen Papiers; Gert Weisskirchen, SPD-Bundestagsabgeordneter, Mitglied der Enquete-Kommission zur Aufarbeitung der Geschichte der SED-Diktatur. Im Herbst 1989 forderte er, die Devise „Wandel durch Annäherung“, durch die Devise „Wandel durch Auflehnung“ zu ersetzen; Steffen Reiche, Wissenschafts- und Kultusminister in Brandenburg, Tischler, Theologe und Gründungsmitglied der SDP in Schwante; und natürlich Lothar Bisky, heute Vorsitzender der PDS, damals Professor an der Filmhochschule in Babelsberg; Manfred Uschner, Geschäftsführer des Bernstein-Kautsky-Kreises, damals Referent und enger Mitarbeiter des Politbüromitglieds Hermann Axens; und last but not least Rolf Schneider, Schriftsteller, der im Zuge der Biermann-Affäre aus dem DDR-Schriftstellerverband ausgeschlossen wurde und in beiden Teilen Deutschlands veröffentlichte.

2. Hintergründe und Motive des SPD-SED-Dialogs

An Rolf Schneider geht meine erste Frage: Sie haben das Ideologiepapier im „Spiegel“ einmal als eine Art Magna Charta einer möglichen DDR-Perestroika bezeichnet. Welche Hoffnungen hatten Sie und hatten Ihre Freunde in der DDR damals an das Papier geknüpft?

Rolf Schneider: Ich gehe von der Situation aus, die Peter Merseburger im Sommer des Jahres 1987 antraf. Die er soeben geschildert hat und die ich akzeptiere. Die DDR war ein verkarsteter, immobilierter Staat; unmittelbar nebenan gab es Michail Gorbatschow, gegen den sie sich abzuscho-

ten versuchte, obwohl die Sowjetunion eigentlich die Führungsmacht war. Gorbatschow versuchte, mit seinem Reformprogramm den Poststalinismus aufzubrechen und den Postkommunismus überlebensfähig zu machen. Die DDR hat für sich fast alles getan, diese Bestrebungen abzuweisen. Die Schlüsselworte Gorbatschows hießen Perestroika und Glasnost, also innere Reform und Offenheit-, publizistische Offenheit vor allem. Das Streitpapier von SPD und SED hat auf mich - und nicht nur auf mich - fast wie eine Erlösung gewirkt, es war ja keine Konterbande, die unter der Hand umlief, es war sakrosankt, gedruckt im „Neuen Deutschland“. Da hier meine „Spiegel“-Veröffentlichung erwähnt wurde, darf ich mir erlauben, ein paar Sätze daraus zu zitieren; sie machen nicht nur meine Stimmung deutlich: „Günter Gaus, ein ebenso passionierter wie kenntnisreicher Beobachter der DDR, pflegt neuerdings zu äußern, was Glasnost betrefte, gebe es im anderen Deutschland die omnipräsenten Westmedien. Was aber Perestroika anlangt, so möge die UdSSR erst einmal etwas wie den Berliner Evangelischen Kirchentag dieses Jahres mitsamt seinen freimütigen Selbstdarstellungen vorweisen.

Nachholbedarf bestehe da eher auf sowjetischer Seite. Wieso die DDR-Publizistik ihren versammelten Ehrgeiz daran setzt, eine der ödesten der Welt zu sein, womit das Erbe des großen Willi Münzenberg täglich neu verplumpert wird, ich habe es nie begriffen. Gleichwohl kann ich mich nicht erinnern, jemals in dem seit 30 Jahren von mir abonnierten Tagblatt „Neues Deutschland“ so lange, so inständig gelesen zu haben, wie die letzten Monate und Wochen. Das wird nicht bloß bedingt durch die veröffentlichten Gorbatschow-Reden. Es war für mich mindestens so aufregend der kommentarlose Abdruck jener Tischrede Helmut Kohls beim Honecker-Besuch, die Tischreden der Politiker von Weizsäcker, Rau, Vogel und Strauß in ihren für orthodoxe DDR-Gemüter unerhörten Mitteilungen, nicht zu vergessen. Hier, lieber verehrter Freund Günter Gaus, und erst hier fängt Glasnost eigentlich an. Aber auch dies wird für mein Empfinden noch in den Schatten gestellt durch den Abdruck jener Vereinbarung zwischen SPD und SED, die, Zufall oder nicht, der Besuch Erich Honeckers in Bonn präludierte. Es wird darin nämlich nichts anderes propagiert und auch vorgeführt als die ideologische Koexistenz der Definition des Georg Lukács von 1956, der dafür in der DDR eine fast zwei Jahrzehnte währende Ächtung erfuhr. Die konservative Publizistik der Westdeutschen in ihrer beklagenswerten Beschränktheit meint, hier hätten vor allem die Sozialdemokraten aus ihrer Substanz draufgezahlt. Das Urteil ist Unsinn. Die Konzessionen der deutschen Kommunisten sind ungleich größer. Richtig besehen und richtig bedacht ist dieses Dokument nichts anderes als die Magna Charta einer möglichen Perestroika für die DDR. Denn die in dem Papier ausdrücklich eingeräumte Reformfähigkeit der DDR impliziert, wie Erhard Eppler richtig schloß, und er tat dies live im DDR-Fernsehen, eine entsprechende Reformbedürftigkeit. Perestroika in der DDR? Aber ja! [Applaus]

Peter Merseburger: Das war im Grunde der Erwartungshorizont, den viele in der DDR damit verbunden haben. als sie das Papier

im „Neuen Deutschland“ lasen. Was hat die SED und was hat die SPD bewogen, dieses Papier auszuarbeiten?

Rolf Reißig: Dieses Papier war Folge eines Dialogs zwischen der Grundwertekommission der SPD und Sozial- und Gesellschaftswissenschaftlern der DDR, der 1983 begann und zu dem ich 1985 stieß. Dieser Dialog ging auf einen Hinweis von Willy Brandt aus dem Jahre 1982 zurück, der meinte: Wenn die Entspannungspolitik fortgeführt werden soll - und es war damals nicht klar, ob Helmut Kohl (es gab ja die konservative Wende 1982) diese Entspannungspolitik fortsetzen würde, was dann allerdings geschah - und wenn sie eine neue Phase erreichen sollte, dann sind auch bestimmte Parteibeziehungen, Parteikontakte zwischen SPD und SED anzustreben. Das wurde dann über Günter Gaus vermittelt und in der DDR die Akademie für Gesellschaftswissenschaften der SED, namentlich Otto Reinhold, beauftragt, dies in die Wege zu leiten. Es ging mit diesem einsetzenden Dialog in der Tat darum, eine neue Phase der Entspannung

einzuleiten, ihr einen politischen Inhalt zu verleihen, indem zum ersten Mal die Gesellschaften, die Bürger, die Individuen in diesen Dialog einbezogen werden sollten. Bislang ging es in der Entspannungspolitik-völlig zu Recht - um staatliche Normalisierung, um Abrüstungsfragen. Aber beiden Dialogpartnern ging es nun um mehr. Diese Tragweite wurde damals von vielen nicht gesehen und wird heute noch von Kritikern dieses Dialogs unterschätzt. Für diese Einbeziehung der Gesellschaften, der Bürger in den Entspannungsprozeß waren Parteibeziehungen erforderlich. Die SED - wie immer man zu ihr stand - war als regierende Staatspartei ein Machtfaktor; bestimmte in diesem Land (noch) weitgehend das Geschehen. Und die SPD war eine einflußreiche und anerkannte politische Kraft der Bundesrepublik, des Westens. Natürlich ging das Papierzunächst davon aus, eine neue, d.h. gemeinsame Sicherheit zwischen Ost und West zu etablieren. Dafür gab es erste Voraussetzungen im Osten und im Westen - zunächst noch vor der Zeit Gorbatschows. Seit Anfang der 80er Jahre vollzog sich zugleich in West und Ost eine parallele Suche nach Wegen zum Abbau der militärischen Konfrontation und des Übergangs zur politischen Entspannung. Dies führte in West und Ost allmählich zu neuen Überlegungen. „Sicherheitspartnerschaft“ hieß der neue strategische Ansatz im Westen (Palme-Kommission 1982, SPD), „Koalition der Vernunft“ (SED 1983) und „Primat der Menschheitsinteressen“ (Gorbatschow 1985) im Osten.

Das Szenario eines unmittelbar bevorstehenden Zusammenbruchs des Realsozialismus und einer „Freigabe“ der DDR durch Moskau war zu jener Zeit nirgendwo Grundlage theoretischen Denkens und politischen Handelns. Das galt selbst für die schärfsten Kritiker des Sozialismus sowjetischen Typs. Und in der DDR war noch nicht entschieden, wohin sich alles im einzelnen entwickelt. Die realsozialistischen Strukturen waren so nicht reformfähig, aber die Politik, wohin die sich entwickelt, war zumindest 1984 und 1985 noch nicht eindeutig entschieden. Man konnte und mußte diesen Ansatz m. E. wa-

gen, auch wenn dieser Dialog ein Experiment blieb.

Im Papier wurden zwei zentrale Ideen verknüpft:

Wir brauchen - so die eine Überlegung - einen Wettbewerb der Systeme, der nicht mehr um globale Hegemonie, um militärische Überlegenheit geführt wird, sondern in dem es um die inneren Potentiale der beiden Gesellschaftssysteme gehen sollte. Wo die Illusion lag, wurde freilich dann klar. Aber es war ein anderes Herangehen als bislang üblich. Und die inneren „Qualitäten“ wurden in eine Richtung definiert, die auch reformerische Kräfte in der SED interessierte: sozialer Fortschritt, Demokratie, Menschenrechte, individuelle Emanzipation. Darum sollte der Wettbewerb geführt, daran gemessen werden. Da war für die westdeutschen Teilnehmer offensichtlich, daß „ihre“ Gesellschaften hier über ganz andere Vorzüge, Potenzen, Überlegenheit verfügen als die östlichen.

Das zweite Gravierende, Neue war die Einbeziehung der „Ideologien“ und zwar als Wahrnehmungsproblem und als spezifisches Demokratie-, Menschenrechts-, Humanitäts- und als Fortschrittsproblem. Darüber wurde debattiert. Die entgegengesetzten Feindbilder wurden nicht mehr als Folge der Konfrontation betrachtet, sondern als Ursache der Konfrontation. Eine stereotype Feindbildwahrnehmung und -produktion stimulierte die Konfrontation, die militärische Hochrüstung. Wir müssen, so Erhard Eppler, gerade dort ansetzen: Entfeindung in den Beziehungen durch Entmilitarisierung des Denkens. Notwendig ist eine neue Kultur des Streits und des Dialogs, die nichts vertuscht und die Gegensätze offenlegt. Genau dies wurde in anderen deutsch-deutschen Kommissionen und Beratungen außen vor gelassen, weil man meinte, es belaste und verhindere die Entspannung, die Geschäfte (Schalk-Schäuble). Hier nun ging es auch und gerade auch um die Ideologien, deshalb wurden neue Regeln des ideologischen Streits ausgearbeitet, die für die SED, wie sich zeigte, riskant und halsbrecherisch waren. Das alles war tatsächlich ein neuer, anderer Ansatz...

Peter Merseburger: Da Sie dies gerade so schön ausgeführt haben: Was war für die SED eigentlich so halsbrecherisch?

Rolf Reißig: Für die SED war halsbrecherisch, daß sie z.B. die Forderung nach umfassender Informiertheit der Bürger als Voraussetzung für den System-Wettbewerb unterschrieb. Das war ja eine der Schwachstellen des Systems. Jeden in der DDR bewegte das Informationsproblem brennend. Oder: Einbeziehung aller Gruppen, Parteien, Organisationen, Institutionen, aller Personen in diesen Dialog und Besuch sowie Gegenbesuch der Menschen zwischen Ost und West! Es geht weiter. Im Wettbewerb der Systeme sollte offen Bilanz gezogen werden. Also nicht die Bilanzen des Mittags und des Honeckers, sondern Bilanzen im Kontext der alltäglichen Erfahrungen der Bürger; Schiedsrichter sollten die Menschen sein, die darüber urteilen, was gelingt, was nicht gelingt, was übernommen und was verworfen werden sollte. Das war natürlich gegen jene Politik gerichtet, die in der SED, in der DDR verfochten wurde. Und es war eine Revision fundamentaler Grundannahmen der marxistisch-leninistischen Parteiideologie: Akzeptanz der Friedens- und Reformfähigkeit des „anderen Systems“, also des - im offiziellen Propagandabild dargestellten - „aggressiven und absterbenden Imperialismus“. Offenheit des Wettbewerbs der Systeme und der Geschichte - anstelle der These vom unvermeidlichen und „gesetzmäßigen“ Sieg des Realsozialismus' im Weltmaßstab... Die Grundlage der Einparteiherrschaft und des Machtmonopols - das Wahrheitsmonopol - war damit zumindest in Frage gestellt. Macht wurde im Prinzip an Zustimmung in der Bevölkerung gebunden. Der Feindbildproduktion in Ost und West wurde eine klare Absage erteilt. Auch im Westen wurden Reformen ernsthaft angemahnt. War das auch für die Sozialdemokratie, für den Westen insgesamt ein Novum, für die SED war es geradezu revolutionär, was in diesem Papier stand. Dabei läßt das gemeinsame Papier keinen Zweifel, daß hier

Absichtserklärungen formuliert wurden. Erst praktisches Handeln konnte zu einer neuen Realität führen; im Osten besonders, aber auch im Westen.

Der Dialog aber war von beiden Seiten ehrlich gemeint und nicht als raffinierte Taktik angelegt, um den anderen über den Tisch zu ziehen. „Wandel durch Wettbewerb - „Dialog als Stabilisierungs- und Öffnungspolitik“. Was heute zurecht als Illusion thematisiert wird, war damals gemeinsame Annahme die Möglichkeit einer Reformierung der DDR. Auch die DDR-Bürgerrechtsbewegung ging von dieser Maxime aus. Richtig ist, und das ist durchaus selbstkritisch gemeint, daß wir die Reformfähigkeit der DDR, des Staatssozialismus über- und die Abwendung der Menschen von dieser DDR unterschätzt haben.

Peter Merseburger: Was im Papier stand, so wie Sie es eben geschildert haben, mag in der Tat revolutionär gewesen sein. Aber damit kommen wir auch zu der Frage, wie weit es revolutionär bleiben durfte. Herr Eppler, was war aus ihrer Sicht das Motiv der SPD mit der SED zusammenzukommen und das Papier auszuarbeiten?

Erhard Eppler: Ich möchte zuerst etwas tun, was natürlich nur Nichtprofis tun. Ich möchte eine Vorbemerkung machen, bei der ich dem Moderator widerspreche.

Peter Merseburger: Aber bitte!

Erhard Eppler: Er hat vorhin davon gesprochen, daß wir ausgerechnet denen Reformfähigkeit zugesprochen hätten, die gegen Gorbatschow waren. Das beruht auf einem Mißverständnis, nämlich auf dem Mißverständnis, daß dieses Papier in der Sache ein deutsch-deutsches Papier gewesen sei. Es war in der Entstehung ein deutsch-deutsches Papier, in der Sache handelte es von den Systemen in Ost und West. DDR- Bundesrepublik, deutsch, all diese Worte kommen in dem ganzen Papier nicht vor. Und deshalb hat ja auch die KPdSU zuerst ein-

weil ich die SED festnageln wollte. Die SED hatte in einem Gespräch Ende Februar 1986 so erstaunliche Dinge über Koexistenz und gemeinsame Sicherheit gesagt, daß ich der Meinung war, jetzt möchte ich einmal wissen, ob die das nur hier sagen oder ob die das auch mit uns zu Papier bringen und damit dafür geradestehen auch in der Öffentlichkeit? So ist das Papier entstanden. Wenn die Frage lauten sollte: Warum seid Ihr in den Dialog eingestiegen?

Peter Merseburger: Nehmen Sie ruhig an, daß die Frage so lautet.

Erhard Eppler: Gut. Wir hatten ursprünglich überhaupt nie vor, ein Papier zu machen. Und wenn ich nicht seinerzeit in Freudenstadt gesagt hätte: Könnte man da nicht auch mal was zu Papier bringen? - hätte es nie ein Papier gegeben! Also, da bin ich völlig selber schuld, und da stecken auch keine gewaltigen Überlegungen dahinter, sondern nur der Versuch, die SED an diesem Punkt festzunageln. Zu der Frage, wie sie sich jetzt stellt, würde ich gerne, Herr Merseburger, wenn Sie das erlauben, und ein 70jähriger darf das, einfach etwas vorlesen, was ich einmal in meinen Erinnerungen, die ich als „komplettes Stückwerk“ bezeichne, dazu aufgeschrieben habe. Das geht kürzer, als wenn ich es Ihnen jetzt erzähle.

Peter Merseburger: Herr Schneider hat auch schon aus seinen Werken vorgelesen. [allgemeines Lachen]

Erhard Eppler: Und da knüpfe ich nun an - und ich lese es auch vor, weil da etwas drin steht, was ziemlich nahe an dem ist, was Herr Reißig eben gesagt hat. „Mein Eindruck, daß der Westen dem Osten haushoch überlegen sei, hatte sich seit Mitte der 60er Jahre verstärkt, noch mehr die Überzeugung, daß die Risiken der Entspannung einseitig den Osten trafen. Bei allen

mal zornig reagiert. Mir hat der sowjetische Botschafter seinerzeit gesagt, mit seiner üblichen Ironie: da soll wieder einmal am deutschen Wesen die Welt genesen. Gemeint hat er: Wenn schon so Grundsätzliches verhandelt wird, dann aber doch mit uns und nicht mit der SED! Die ist dafür überhaupt nicht zuständig. Das heißt, das Papier war nur in seiner Entstehung deutsch-deutsch, nicht in seiner Thematik. Zur Reformfähigkeit muß ich sagen: Wer die Zeitungen von 1989 liest, der wird finden, daß bis in den November/Dezember hinein die Bundesregierung Reformen in der DDR, auch von Krenz und Honecker, angemahnt hat. Das heißt, daß da Reformen offenbar möglich und nötig seien, war nicht im Streit. Herr Merseburger, eigentlich sind das, was Sie gefragt haben, für mich zwei ganz verschiedene Fragen. Die erste Frage würde lauten: Warum seid Ihr überhaupt in den Dialog eingestiegen? - und die zweite Frage, die eine völlig andere ist: Warum habt Ihr das Papier gemacht? Wenn Sie nämlich die zweite Frage stellen, dann müßte ich zuerst eine ganz primitive Feststellung machen:

¹ Erhard Eppler: **Komplettes Stückwerk**
Erfahrungen aus fünfzig Jahren Politik/
Insel-Verlag/Frankfurt/M. u. Leipzig 1996

Kontakten zwischen Bundesrepublik und DDR lief nicht die Bundesrepublik, sondern die DDR Gefahr, daß sich mit dem Feindbild vom bösen Gegenüber die eigene Existenznotwendigkeit verflüchtigte. Weit mehr noch als bei militärischer oder politischer Entspannung galt dies für die Ideologie. Von Gesprächen einer westdeutschen Partei über Grundsatzthemen konnte die Legitimation der Bundesrepublik nicht berührt werden. Sie ruhte nicht auf einer Ideologie, sondern auf freien Wahlen. Die Kommunisten aber mußten am Lebensnerv ihres Staates hantieren, denn ihr Machtmonopol begründeten sie allein mit dem Wahrheitsmonopol des Marxismus-Leninismus. Nicht von ungefähr hatten die Kommunisten bei Kontakten mit dem Westen bislang Fragen der Ideologie strikt ausgeklammert. Wenn sie jetzt bereit waren, ohne Vorbedingungen die Legitimation ihrer Diktatur zur Diskussion zu stellen, mußten sie wissen, was sie taten. Und wenn sie es nicht mehr wußten, war dies ihre Sache. Sicher, es stimmt nicht, daß die Grundwertekommission ihre Gespräche mit der Akademie für Gesellschaftswissenschaften in der Absicht geführt hätte, die DDR zu destabilisieren. Wir haben niemanden hinter's Licht geführt. Aber, wir haben die Risiken natürlich abgewogen und waren nicht überrascht, als im Ergebnis etwas herauskam, was Erich Mielke zu zornigen Ausbrüchen veranlaßte. Es ist durchaus möglich, daß der erste Anstoß zu den Gesprächen nicht aus dem Apparat, sondern von kommunistischen Intellektuellen kam. Denn es gab Anzeichen, daß einige von ihnen aus ihrem selbstgewählten Ghetto in Europa ausbrechen wollten. Wir hatten, so meinte ich, kein Interesse dies zu verweigern. Aber wir konnten und mußten einen Preis dafür einfordern. Wer mit uns reden wollte- und konnte, und zwar ohne Anspruch auf ein Wahrheitsmonopol, der mußte dies früher oder später auch mit den eigenen Bürgern tun. Die Grundwertekommission hat diesen Preis denn auch von Mal zu Mal deutlicher eingefordert, am offensten im gemeinsamen Papier und in der öffentlichen Polemik um seine Einlösung."

Und damit möchte ich noch eine letzte Bemerkung machen, anknüpfend an das, was Peter Merseburger sagte: Es ist völlig richtig, daß das Politbüro, als es dieses Papier passieren ließ, nicht wußte, was es tat. Und es ist ebenso richtig, daß Kurt Hager keine sieben Wochen später, ich glaube um den 20. Oktober, in Frankfurt an der Oder, bereits die Notbremse gezogen hat. Aber, ich behaupte, und es gibt hier in diesem Raum wahrscheinlich viele Leute, die das besser beurteilen können als ich: der Tatbestand, daß die SED-Führung ein solches Papier akzeptiert und im „Neuen Deutschland“ veröffentlichte, ohne zu wissen, was das bewegen muß, und es dann etwa sieben Wochen danach bereits wieder desavouierte und die Notbremse zog, war ein solches Armutszeugnis für diese Führung, daß nicht nur ich damals begonnen habe, diese Führung abzuschreiben. Ich war vielleicht der einzige Politiker in der ganzen Republik, der alten Bundesrepublik, der gleichzeitig intensive Kontakte zur SED und intensive Kontakte zur Kirche hatte, mit beiden in dauerndem Gespräch war - übrigens auch mit wirklich ganz oppositionellen Leuten wie Schorlemmer oder Falke. Ich habe sofort gemerkt, an der Stelle haben manche gesagt: Jetzt ist offenbar mit denen nichts mehr anzufangen. Und ich selber habe im Frühjahr 1988 angefangen, das zu tun, was ich dann in der Rede am 17. Juni 1989 öffentlich gesagt habe, nämlich diese Führung einfach abzuschreiben, zu sagen, mit denen ist nichts mehr zu machen. Insofern ist natürlich dieses Versagen der SED-Führung im Zusammenhang mit diesem Papier auch einer der Gründe gewesen, warum es in der DDR dann so gekommen ist, wie es kam.

3. Das Streitpapier und seine Wirkungen in der DDR

Peter Merseburger: Nun müßten wir wahrscheinlich erstmal aus der SED-Sicht wissen, wie das Politbüro überhaupt darauf reagiert hat und was für Folgen das gehabt hat? Hager ist ja schnell nach vorn gegang-

gen und hat damals gesagt: Wir halten am Klassenkampf fest, und der Imperialismus, dem Friedensfähigkeit bescheinigt wurde in dem Papier, so Hager, der muß erst einmal von uns friedensfähig gemacht werden. Das waren also Revozierungen noch und noch. Nach nur sieben Wochen! Hat denn das Papier in den Reihen der SED so viel Aufstand und Unmut verursacht, daß Hager die Notbremse ziehen mußte? Wie sehen Sie das, Herr Uschner, Herr Reißig?

Manfred Uschner: Ja, da war nicht nur Kurt Hager. Das Politbüro insgesamt wußte oder erahnte, was da geschah. Immerhin debattierte man über das Papier fast 9 Stunden - eine der längsten Politbürositzungen überhaupt. Auch jene, die Honeckers zunächst positiver Haltung zum Papier nicht zu widersprechen wagten, blieben doch skeptisch.

Peter Merseburger: Darf ich zur Klärung einfach fragen: Hier steht These gegen These. Die einen sagen, das Politbüro wußte nicht, was es tat, als es das billigte. Sie sagen, es wußte es doch.

Manfred Uschner: Wie ich schon andeutete: Es standen sich im damaligen SED-Politbüro verschiedene Gruppen gegenüber, aber Honeckers Pro gab zunächst den Ausschlag. Man wagte keine offene Kraftprobe. Für Honecker spielte der Besuch in der BRD persönlich eine wesentliche Rolle. Außerdem sah er die Beziehungen zur SPD immer als gegebenenfalls zu handhabendes Korrektiv in Hinblick auf die immer intensiveren Beziehungen zur CSU und CDU, vor allem über die Wirtschaftsschiene des DDR-Wirtschaftschefs Günter Mittag und seiner rechten Hand, Alexander Schalck-Golodkowski, in Richtung Süddeutschland an. Außerdem kam ihm der Übergang der SPD zu einer aktiven Politik der Sicherheitspartnerschaft aus der Oppositionsrolle heraus gelegen. Er war ehrlich an Friedenssicherung inmitten Europas interessiert, weil es im Konfliktfalle keine Deutschen mehr gäbe, auch keine Chance, noch deutsche Politik zu machen. Auch kalkulierte der SED-Chef, daß die SPD ja mal wieder Regierungsverantwortung erlangen könne. Das war der Ausgangspunkt dafür, daß der damalige Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Hans-Jochen Vogel, 1984 mit Honecker die Schaffung einer Gemeinsamen Sicherheitspolitischen Arbeitsgruppe von SPD und SED vereinbaren konnte. Man stimmte in den sicherheitspolitischen Zielvorstellungen weitgehend überein. Die Abrüstungsgruppe wurde noch 1984 gebildet. Seitens der SED wurde sie von Politbüromitglied Hermann Axen, seitens der SPD von Karsten Voigt und nach der Initiative über die Chemiewaffenfreie Zone in Mitteleuropa (1985) von SPD-Präsidiumsmitglied Egon Bahr geleitet. Ohne diese Gruppe und ihre weiteren Arbeitsergebnisse wie die Initiative über den Atomwaffenfreien Korridor (1986) und die Gespräche über die Zone des Vertrauens und der Zusammenarbeit in Mitteleuropa wäre es Otto Reinhold und Roll Reißig von der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED niemals erlaubt worden, mit Erhard Eppler und Thomas Meyer so weitgehend über ideologische Fragen zu debattieren und einen offe-

nen Systemvergleich in einem gemeinsamen öffentlichen Papier zu verankern. Die Arbeitsergebnisse der Abrüstungsgruppe Axen-Bahr zielten letztlich auf eine totale Entfernung allen schweren und doppelt verwendbaren schweren militärischen Geräts aus Mitteleuropa ab. Daraus ergab sich ganz logisch, daß nun neue politische Lösungsversuche anstanden. Als sich diese mit dem „Streitpapier“ SPD/SED in Umrissen erstmals abzeichneten, zogen die Betonköpfe im Politbüro die Notbremse, zumal der Honeckerbesuch in der BRD nicht so verlaufen war, wie erhofft. Das wirkte sich auf Honeckers Ansehen negativ aus. Nun gewann die Angst vor den Folgen der Öffnung gegenüber der BRD und der SPD die Oberhand. Man sorgte sich, daß Journalisten der BRD noch mehr Freiraum für ihre Berichterstattung über die wahre Lage in der DDR einfordern würden. Man befürchtete, daß die Attraktivität Gorbatschows und die Anziehungskraft des „Sozialdemokratismus“ sich bündeln und zu einem die Einheit der SED und die Existenz der DDR gefährdenden brisanten Gemisch führen würden. Mielkes Berichte über die Wirkung des Papiers in Partei und in der Bevölkerung insgesamt signalisierten „ideologische Aufweichung“, Aufmüpfigkeit und zunehmende Reformforderungen. In Moskau beobachtete man diese Entwicklung im Umkreis von Gorbatschow, wie ich selbst ständig feststellen konnte, positiv. Konservative Kräfte jedoch wie Ligatschow, Andrejewna u.a. bestärkten die orthodoxen Kräfte in der SED-Spitze, dagegezuhalten. Das waren vor allem Hager, Mielke, Dohlus, Neumann, Hermann, Mückenberger und der eine undurchsichtige Rolle spielende Günter Mittag. Aber auch der in Sachen Frieden und Abrüstung ehrlich verhandelnde Hermann Axen sah die Gefahr „ideologischer Aufweichung“. Er warnte, die SPD nicht weiter als Feind zu sehen. 1987 saß ich mit dem heute anwesenden Karsten Voigt bei einer gemeinsamen Veranstaltung zum „Olof-Palme-Marsch“ (der Kirchenkräfte, Sozialdemokraten und SED-Mitglieder vereint!) im Bremer Rathaus im Präsidium. Karsten

Voigt reichte mir die druckfrische „Streitpapier“-Ausgabe der SPD 'rüber und meinte: „Was habt Ihr Euch da nur unterjubeln lassen!“ Zurück in Berlin hörte ich von Hermann Axen: „Was haben wir uns da nur unterjubeln lassen! Wenn das man gut geht!“

Es wurde dann auch folgerichtig im Frühjahr 1987 von der diktatorischen Führungsclique im SED-Politbüro der Rückzug in Sachen „Ideologie- und Streitpapier“ geblasen. Honecker tat das zögernd, er wollte weiterhin seine innenpolitischen Defizite durch internationale Reputation ausgleichen. So kam es noch 1988 zum „Internationalen Treffen über Kernwaffenfreie Zonen“. Aus der Idee eines Workshops wurde eine von der Stasi (gegen den entschiedenen Willen Axens) total überwachte Mammutschau mit prominenten Teilnehmern, auch der sozialdemokratischen Parteien aus der ganzen Welt. Honecker gewährte allen eine propagandistisch groß aufgemachte Audienz. Das „Streit- und Ideologiepapier“ wurde aber schon nicht mehr erwähnt.

Ich selbst hielt jährlich stets 60-65 Vorträge im Land, vor Herzchirurgen und Studenten ebenso wie vor Sportlern oder LPG-Bauern. Schon im Oktober 1987 hatte ich alle Vorträge zum SED/SPD-Papier, das in rund 350 000 Exemplaren gedruckt und ausgeliefert worden war, auf Anweisung „von oben“ wieder absagen müssen.

Zentralkomitee und Staatsrat hatten nach dem August 1987 bergeweise Briefe zu bearbeiten, in denen SED-Mitglieder und andere DDR-Bürger Reformen endlich auch in der DDR einforderten. Berichte aus den Parteiorganisationen sprachen von wachsender Unruhe und kritischer Distanz zur Berichterstattung der DDR-Medien, von schwindendem Ansehen der SED-Führung und Honeckers persönlich.

Die faktische Rücknahme des SED/SPD-Papiers durch die diktatorische Führungsrategie der SED rief eine zweite, nun noch

stärkere Widerstandswelle in der SED und in der Bevölkerung insgesamt hervor. Man hatte geglaubt, mit dem SED-SPD-Papier kämen Gorbatschowdenken und demokratische Öffnung nach Ostberlin. Als die Menschen das mitbekamen, vor allem die politisch aktiven, intelligenteren, setzte allgemeine Entrüstung ein, vor allem in der SED selbst. Die Gefahr einer Spaltung der Partei wurde real. Deswegen wurde nun die „Einheit der Partei“ unentwegt beschworen. Damit wurde auch die massenweise Entfernung von Funktionären der SED und ihre arbeitsmäßige Umsetzung - ohne statutengemäß vorgesehene Parteiverfahren und in aller Stille vollzogen - begründet. Es betraf ca. 20 000 Funktionäre. Massenausschlüsse und Massenaustritte aus der Partei folgten, auf zentrale Weisung als „Streichung“ registriert. Allein vom 1. Januar 1989 bis zum Mauerfall gab es 64 000 solcher „Streichungen“, die stets mit sozialer Abstrafung verbunden waren. Alles geschah im engen Zusammenwirken mit der Stasi; ich mußte es ja im Februar 1989 am eigenen Leibe erfahren.

Interessant für mich ist übrigens, daß mit den fast gleichen Argumenten gegen das SED/SPD-Papier auftraten: der Mielkeapparat, orthodoxe Parteiapparatschiks, die alle Aufmüpfigen gnadenlos verfolgten, die CDU, aber auch einige Neusozialdemokraten in Ostdeutschland, wie etwa Stephan Hilsberg: SED und SPD seien sich viel zu nah gekommen! Doch wohl sehr unterschiedliche Kräfte mit dem gleichen Vorwurf!

Alles in allem belegt das: dieses SED/SPD-Papier, das sich seitens der SPD sehr zielgerichtet in die Gesamtkonzeption des „Wandels durch Annäherung“ einpaßte, war keineswegs „unnötig“ oder „schädlich“ (Hilsberg), sondern ein Ereignis von großer Tiefenwirkung. Der frühere DDR-Außenminister Winzer hatte schon die Brandt-Bahr'sche Konzeption des „Wandels durch Annäherung“ als „Aggression auf Filzlatzchen“ bezeichnet. Gut zwei Jahre nach

dem „Streit- und Ideologiepapier“ war es mit der Macht der SED-Politbürokratie vorbei. Die Mitgliedschaft schaute dem zumeist enttäuscht und desillusioniert zu.

Am 4. November 1989 begann aber ein nicht kleiner Teil mit der Großkundgebung auf dem Alex und den nachfolgenden Kundgebungen vor dem ZK-Gebäude, zunächst gegen die alte Führung, dann gegen Krenz & Co. die Realisierung von Erneuerungsideen einzufordern, wie sie 1987 im „Streit- und Ideologiepapier“ erstmals in der DDR öffentlich formuliert worden waren. Man hatte dieses Papier unsichtbar in der Hand.

Peter Merseburger: Ich muß zur Klärung doch eben noch mal an Herrn Uschner fragen: Sie sagen, das Politbüro wußte, was es mit dem Papier beschloß. War damals auch Mielke dafür, oder war er damals schon dagegen?

Manfred Uschner: Das Politbüro war gespalten, und Honecker selbst war es auch. Honecker und Axen befürchteten, wenn man das Papier sofort schroff zurückweise, gefährde das die Abrüstungsgespräche SED-SPD und Honeckers internationales Ansehen, auf das er zunehmend großen Wert legte. Honecker glaubte zunächst - und dies hielt er Mielke und anderen entgegen - daß die SED ihr schlechtes Image in der BRD abbauen und stärkeren Einfluß auf die innenpolitische Entwicklung der BRD gewinnen könne, auch und gerade über die Friedensbewegung, wo sich deutsch-deutsche Interessen trafen. In der theoretischen Zeitschrift der SED, „Einheit“, wurde außerdem herausgestellt, daß man den „revolutionären Weltprozeß“ unter den Bedingungen der „Friedlichen Koexistenz“ auf günstigste Weise „vorantreiben“ könne.

Gewiß gab es auch bei Honecker und seiner Umgebung ein großes Maß an Selbstüberschätzung und Überheblichkeit. Man war sich sicher, im friedlichen Wettbewerb die BRD besiegen zu können. Das war eine Utopie!

Peter Merseburger: Schönen Dank Herr Uschner. Jetzt möchte ich eigentlich Herrn Bisky fragen, der damals als Professor an der Hochschule, der Film- und Fernseh-hochschule in Babelsberg lehrte: Wie hat das da gewirkt? Hat es überhaupt eine Wirkung gehabt, oder hat man das gar nicht so richtig zur Kenntnis genommen?

wollen. Dort war also eine ganz harte Reaktion. Das war ehrlich gemeint. Da war auch eine jüngere Parteisekretärin. Die sagte: das kann doch wohl nicht wahr sein, was Ihr in Berlin dort aushandelt. An der Hochschule selber war das natürlich eines der drei Dinge, die sehr wirksam waren. Die Hochschule war etwas Insel, das stimmt, aber sie war auch nur Insel, weil andere sie Insel sein ließen, als Insel behandelt haben. Bei den Studenten war das, nachdem Gorbatschow da war, nachdem der „Sputnik“ verboten wurde, das dritte wichtige Ergebnis, wo Mut wuchs, wo die Studenten das Papier ernst genommen und danach auch gehandelt haben und überhaupt nicht verstehen konnten, daß nun im Innern nicht darüber diskutiert werden sollte. Also, darüber wurde natürlich diskutiert. Und es war auch eine Hoffnung, daß die länge stillen, schweigsamen, angepaßten Reformer in der SED - darüber will ich jetzt nicht reden - irgendwo da sind. Und dann kam Reißig und hat an der Hochschule darüber gesprochen. Das fand eine ganz begeisterte Aufnahme, und unter den Zuhörern war einer aus der Armee, der war der Mann von unserer Russischdozentin. Der ging zurück zur Armee und wurde sofort aus der SED ausgeschlossen-auch weil er an dieser „revisionistischen“ Hochschule solch merkwürdige Vorträge hört. Das war also schon sehr ernst. Der wurde aus der SED ausgeschlossen und verlor damit natürlich auch seinen Beruf als Offizier bei der NVA. Also im Großen und Ganzen hat das Dokument seine Wirkung getan. Es gab viele Versuche, dagegen anzugehen - es war aber nicht wieder zurückzuholen. Papiere bewegen ja häufig gar nichts. Dieses Papier hat etwas bewegt. Damit ich nicht falsch verstanden werde: Es hat vielen jungen Leuten und auch anderen Kraft gegeben, aber ich will auch eines sagen: zwei Thesen will ich nicht durchgehen lassen. Die eine, dieses verschwörungstheoretische Argument, daß Gorbatschow die DDR verknopft hat. Die andere halte ich auch für falsch, daß gesagt wird: Wandel durch Annäherung hat die DDR sozusagen kaputt gemacht. Das sind

Lothar Bisky: Das hat wie eine Bombe gewirkt. Ich kann mich da an zwei Dinge ganz genau erinnern. Als es veröffentlicht wurde, war ich gerade mit Studenten in Rostock im Fischkombinat. Dort hatten wir angeboten, für die Seeleute-weil wir keine Devisen hatten und immer Kameras, Videokassetten und so brauchten und uns immer etwas einfallen lassen mußten - ein paar Videos zu drehen, und die sollten uns dafür ein paar kleine Kameras kaufen. Dort wurde ich von Mitgliedern der Parteileitung angesprochen, was denn in Berlin los sei? Weil ja Babelsberg näher an Berlin dran ist als Rostock. Und man war dort unerhört erregt, daß in Berlin die „Revolution“ preisgegeben wird. Wohlgermerkt, es war die Parteileitung [Lachen]. Die haben Fische gut verarbeitet, sie haben uns auch mit Kameras versorgen

beides Argumente, die ich in dieser Absolutheit nicht gelten lassen kann. Die DDR ist implodiert. Sie ist an ihren eigenen Schwächen kaputt gegangen. Aber im Rahmen dessen, was dazu beigetragen hat, denke ich mal, hat dieses Papier doch viel mehr bewirkt, als man angenommen hat. Das kann ich auf jeden Fall bezeugen. In der Filmhochschule war es eines der ganz wichtigen Papiere, genauso wichtig wie einzelne Reden von Gorbatschow.

Peter Merseburger: Nur eine Frage: Inwiefern hat dann gewirkt, was Hager schon sieben Wochen später gesagt hat? Hat das die Erwartung gedämpft bei den Studenten? Wurde das zur Kenntnis genommen? Oder hielt man sich weiter an das Papier und nutzte das Papier als Waffe gegen die Führung?

Lothar Bisky: Also, die Sache mit dem Tapetenwechsel. Das Argument hat überhaupt nicht gezogen an der Hochschule. Das wurde nicht ernst genommen. Genau wie andere Dinge auch. Also, die DDR war ja auch nicht absolut homogen, es war nicht alles überall gleich. Nehmen wir das „Sputnik“-Verbot. Hier in Berlin an der Musikhochschule wurden acht Studenten, die dagegen protestiert hatten, exmatrikuliert! Ein Skandal sondergleichen! An der Filmhochschule hat den Protest fast jeder unterschrieben. Da hätte man die Schule schließen müssen. Es gab da schon Unterschiede. Aber, als Hager mit dem Tapeten-Argument kam und überhaupt das Papier zurückwies, hat das überhaupt nichts mehr bewirkt. Ich will allerdings auch sagen, daß der erste Film an der Filmhochschule schon fertig war, bevor das Papier kam, in dem zum ersten Mal Bilder über den Umgang mit dem Sozialdemokratismus in Leipzig der fünfziger Jahre dokumentiert und nicht rausgeschnitten wurden. Das war der Film „Alfred“ von Andreas Voigt. Und das war zum ersten Mal, daß gezeigt wurde, wie unkritisch und wie dumm und wie verwerflich die SED damals mit dem Phänomen Sozialdemokratismus in Leipzig umgegangen

ist. Ich will damit nur eines sagen: die Reaktionen von Hager und vom Politbüro haben nichts mehr zurücknehmen können. Ihre Autorität war schon so geschwunden, daß alle, die etwas auf Gorbatschow hielten oder in die Richtung dachten, das nicht mehr so ernst genommen haben. Sie haben nur noch die wechselnden Argumente zur Kenntnis genommen, aber bewirkt hat es nichts. Die Führung warzu dem Zeitpunkt - schon ziemlich einsam.

Peter Merseburger: Ich muß Herrn Reißig auch nach der Binnenwirkung in der SED und in der Akademie für Gesellschaftswissenschaften fragen. Zunächst an Steffen Reiche die Frage: Wie haben Sie das damals erlebt?

Steffen Reiche: Die erste Auseinandersetzung damit habe ich hier ganz in der Nähe erlebt, nämlich im Club der Kulturschaffenden. Da war relativ breit eingeladen worden, und Rolf Reißig hielt den Vortrag, stellte das Papier vor. Es waren außerordentlich viele Leute da. Rolf Reißig hat die gleiche Beobachtung gemacht wie ich, daß die ersten Reihen un-

gewöhnlich dicht besetzt waren von Leuten, die man relativ genau bestimmen konnte. Die Diskussion ist damals aus den hinteren Reihen geführt worden. Und da muß ich allerdings kritisch sagen: wir haben, gerade aus den hinteren Reihen, dieses Papier als ein innenpolitisches Papier eingeklagt. Wir wollten sie darauf festnageln, daß die Kultur des Streits nicht nur mit der SPD im Westen, sondern auch mit uns so zu führen wäre. Sie, Herr Reißig, haben damals relativ geschickt, aber immerhin widersprochen - vielleicht weil Sie das wegen der Leute in den ersten Reihen nicht so offen sagen wollten. Die Erinnerung darüber hinaus ist die: Ich habe mir damals das ND abonniert, weil [Zwischenbemerkung; Lachen] ich den Text des Streitpapiers nicht bekommen hatte, und dachte, wenn das jetzt vielleicht eine Öffnung wird, dann brauchst du das ND häufiger, um die Texte dann auch wirklich zu haben. Ich hab's dann allerdings relativ bald wieder abbestellt.

Ich will noch zwei Erfahrungen beschreiben. Zum einen: wie die Sozialdemokraten in dem Papier ihre Position beschrieben haben, habe ich wortwörtlich so übernehmen können und habe dabei das erste Mal gemerkt: dann bist du vermutlich selber einer. Und mir kam zum ersten Mal die Idee - auch im Zusammenhang mit dem Lesen von Texten von Hermann Weber über die Geschichte der DDR und von Wolfgang Leonhard - daß man auch auf der Grundlage eines solchen Papiers diese andere Gruppe, nämlich die Sozialdemokratie auch in der DDR in irgendeiner Form wieder beleben und institutionalisieren müßte.

Peter Merseburger: Das ist erstaunlich. Herr Eppler ist also praktisch der Geburtshelfer Ihrer neuen Partei gewesen?

Steffen Reiche: Ich habe ja gesagt, da waren noch eine Reihe anderer Texte, und es gab ja auch andere Wege zu der Gründung der SDP, darüber müßten Meckel und Gutzeit mehr sagen können.

Peter Merseburger: O.K., es hörte sich eben nur so an. Entschuldigen Sie.

Steffen Reiche: Ich will das ja gar nicht bestreiten... Das waren ganz viele Gründe. Wir haben diese Kultur des Streits immer wieder eingeklagt. Ich erinnere mich an viele Gespräche, wo wir dann zu SED-Funktionären zitiert wurden, und insbesondere, wenn sie dann laut wurden oder unsachlich, haben sich viele von uns immer wieder darauf berufen und gesagt: Also wenigstens die Kultur des Streits, die Eure Vorderen da besprochen und beschlossen haben, die müßte doch auch in einem solchen Gespräch möglich sein. Und insofern will ich ganz ausdrücklich sagen, ich halte es bis heute für richtig, daß dieses Papier verfaßt wurde. Und ich bin bis heute der Meinung, daß es an vielen Stellen hilfreich gewesen ist, auch wenn - Lothar Bisky hat eben zwei Ergebnisse genannt - für uns klar war, daß man sich davon schon bald wieder verabschieden würde.

Peter Merseburger: Herr Reißig: eine Frage zur Binnenwirkung dieses Papiers in der SED und in der Akademie für Gesellschaftswissenschaften. Kann man sagen, daß die Reaktion des Politbüros gegen das Papier sich dann gegen die Mitverfasser des Papiers richtete?

Rolf Reißig: Nur einen kurzen Vorspann noch zur Reaktion des Politbüros auf das SPD/SED-Papier. Nun bin ich kein Insider, gehörte als Sozialwissenschaftler nicht zum Machtzirkel, hatte nur einmal ob dieses Papiers ein „Gespräch“, d.h., ich war bei Hager vorgeladen und hörte dort eineinhalb Stunden seine Kritik. Wenn ich überhaupt darauf hier zu sprechen komme, dann nicht aus persönlichen Gründen, sondern nur, weil dies ein Schlaglicht auf die Reaktionsmuster der SED-Führung hinsichtlich der Wirkung dieses Streitpapiers wirft. Ich hatte mit Jürgen Fuchs, dem „Staatsfeind Nr. 2“, bereits im September, einen Monat nach Verabschiedung dieses Papiers, auf dem Podium gesessen und entsprechend der Intention des Papiers meine Position zum Dialog, zur Öffnung der DDR, zur Erweiterung von Demokratie und Menschenrechten dargelegt. Die-

ses öffentliche Gespräch in Freudenberg war von anwesenden „westlichen“ Rundfunk- bzw. Fernsehanstalten mitgeschnitten und dann als hektographiertes Papier in der DDR durch Bürgerrechtler verbreitet und kurz darauf in der Umweltbibliothek als „staatsfeindliches Papier“ beschlagnahmt worden. Es war die Strategie der SED, Gespräche zwischen Reformsozialisten und DDR-Dissidenten zu verhindern. Denn darin lag die wirkliche Gefahr, nicht für die DDR, aber für die SED-Hardliner. Und das zweite: ich hatte im Januar 1988 in der „Berliner Zeitung“ ein Interview gegeben, das veröffentlicht und auch im Verlag und in der Redaktion ausgehangen wurde. Mit seinen Äußerungen zum offenen Wettbewerb der Systeme, zum Abbau der Feindbilder usw. weise es „nach vorn“. Anders die Reaktion des Führungsapparates. Der Chefredakteur bzw. sein Stellvertreter mußten umgehend in die Agitationsabteilung Hermanns und sich dort entschuldigen, weil ihre „revolutionäre Wachsamkeit“ zu wünschen übrig ließe. Umgehend wurde ein mehrere Dutzend Seiten starkes Papier ausgearbeitet, das unwiderlegbar die Vorzüge und die Überlegenheit des Sozialismus und die Gebrechen des Kapitalismus „begründete“. Das also war der Hintergrund, weshalb mich Hager vorlud und seine Position, auch zur DDR-Bürgerrechtsbewegung, entwickelte und meinte: Dieses Dialog-Papier, wenn es so genutzt werde, wie ich und andere es interpretierten, würde die DDR aushebeln, die Opposition in Vordergrund bringen, ihr geistige Hegemonie verschaffen und damit die SED in die Enge treiben. Die Wirkungen des Papiers verunsicherten also den orthodoxen Führungszirkel und die Machtapparate der SED recht schnell. Insofern, Herr Merseburger, richtete sich die Reaktion des Politbüros gegen das Papier auch gegen die Mitverfasser dieses Streitpapiers. Vor allem wurden die Vorschläge für eine Umsetzung des SPD/SED-Papiers in der DDR (z.B. deutsch-deutsche Schulbuchkommission, öffentliche Debatten in den Medien, Dialog mit der Bürgerrechtsbewegung, Bildung einer wissenschaftlichen Systemvergleichsgruppe) abgelehnt.

Doch sollte ich etwas sagen, warum das SED-Politbüro diesem Papier im August 1987 zugestimmt hatte. Ich glaube, daß das nicht ganz so einfach ist, wenn man hier sagt: die wußten nicht, was sie taten. Tatsächlich waren wir über die Annahme des Papiers und noch mehr über die Art und Weise (Vorschlag einer Pressekonferenz in Bonn und Berlin, Publikation des Papiers im „Neuen Deutschland“, Fernsehdiskussionen der vier Autoren) überrascht. Dieses war ja kein Auftragswerk. Das haben Thomas Meyer und Rolf Reißig ausgearbeitet sowie Otto Reinhold und besonders Erhard Eppler dann redigiert. Das Politbüro hatte es vor dem - das muß man einfach mal wissen - nicht zu Gesicht bekommen. Es gab 1985 nur eine Notiz von Reinhold an Honecker: Es wird ein Protokoll über diese Gespräche, über diesen Dialog, angefertigt. Und im Sommer, nachdem der Parteivorstand der SPD schon seine Zustimmung gegeben hatte, haben wir es mit Skepsis, ob es durchgeht, weitergereicht. Reinhold als Rektor der Akademie hat es dann Honecker, der im Urlaub war, über den damals amtierenden Sekretär Krenz zugeschickt. Es kam alsbald zurück, mit der Bemerkung: „Wäre von großer historischer Bedeutung für Diskussionen und Aktionen der Arbeiterbewegung, einverstanden E. H.“ [Lachen] Und damit waren auch die Gegenpositionen, auf die Manfred Uchner aufmerksam machte, zunächst ausgeräumt. Auf der Politbürositzung, das habe ich erst im nachhinein im Archiv gelesen, sprachen wohl so alle Anwesenden. Nur einer - Alfred Neumann - äußerte sich ablehnend. Er war, wie sich zeigte, der einzige, der nicht wußte, daß Honecker dieses Dokument schon abgesegnet hatte. Aber in dieser Politbürositzung, so das Protokoll im Archiv, haben von Mielke bis Axen alle diesem Papier zugestimmt. Das war ganz offensichtlich Usus in einer zentralistischen Partei mit einem solchen engen, totalitären Führungszirkel. Das stellt die Gegensätze und die Gegenpositionen, die es gab und alsbald aufbrechen sollten, nicht in Frage. Warum aber zunächst diese Zustimmung?

Ich will es nicht so sehr ereignisgeschichtlich, nicht an solch persönlichen Dingen festmachen, die natürlich auch erheiternd wirken können, sondern versuchen, es an drei Punkten zu erklären.

Die SED hatte eben ein friedenspolitisches Interesse. Das war auch ein machtpolitisches Interesse. Und sie sah in diesem Dokument das, was erfolgreich schon in den sicherheitspolitischen Gesprächen zwischen Axen und Bahr lief. Man meinte offensichtlich, mit diesem Papier könne man das fortsetzen. Das ist das eine, und da gab es im SPD/SED-Papier ja auch genügend Ansätze.

Das zweite ist der günstige Zeitpunkt. Aber ich sage, auch wenn Honecker nicht kurz darauf zu Kohl gefahren wäre, wäre das Papier „durchgekommen“. Die Jahre 86/87 waren noch durch ein gewisses Vakuum gekennzeichnet, durch einen bestimmten „Suchprozeß“. Dies steht im Zusammenhang mit der Perestroikapolitik in Moskau, mit ersten Transformationsprozessen in Polen und Ungarn und der wirtschaftlichen

Kooperationspolitik der DDR gegenüber der Bundesrepublik. Gerade in dieser Situation eines gewissen Vakuums wollten reformorientierte Kräfte in der SED gerade auch mit diesem Papier die Situation nutzen, um etwas zu bewegen, was so viele in der DDR forderten. Das Schicksal des Papiers, das „traurige Ende“ lag auch darin begründet, daß es von 1987 zu 1988 offensichtlich den „Umschlag“ in der Politik der SED gab. Die endgültige Abkehr sozusagen von jedem Ansatz von Reformen, von jedem Nachdenken über Reformen - ich sage nicht, daß es vorher Reformen gab, aber es gab noch interne Debatten, es war noch etwas offen. Es war noch nicht völlig entschieden, ob man man auf Totalblockade setzt oder auf partielle Öffnung. Deshalb war auch die Orientierung des Papiers auf Reformen richtig. Das kippte nun endgültig um, und zwar nicht so sehr nur wegen des Papiers, sondern auch, weil der Perestroika-Druck aus Moskau immer nachhaltiger wurde, weil Reformkommunisten wie in Ungarn oder in Polen begannen, den Systemwandel selbst einzuleiten, und man nun Angst bekam, das

könnte auf die DDR überschwappen und sei nicht mehr kontrollierbar. Deshalb auch dieser Übergang in der Politik zur Totalblockade, wovon u.a. das Sputnik-Verbot, das immer repressivere Vorgehen gegen die Bürgerrechtler, die Kommunalwahlverfälschung zeugten. Man braucht nur zwei Berichte aus dem ehemaligen Büro Axen zu vergleichen, die im Archiv einzusehen sind. 1987 schätzte das MfS noch ein, das Papier sei zu begrüßen, denn Wirtschaftsleute der Bundesrepublik könnten für dieses Papier gewonnen werden. In der CDU gäbe es auch gewisse Differenzierungen und Zustimmungen zum Papier. Eine neue Offensive zum Westen hin sei möglich. 1988/89 heißt es dann aber: 35mal seien Sozialdemokraten zu den Bürgerrechtlern, zur Kirche gefahren und hätten versucht, eine Opposition aufzubauen. Jetzt komme es darauf an, alles zu tun, um das zu verhindern. Das heißt, in einer doch verhältnismäßig kurzen Zeit vollzog sich ein nachhaltiger Wandel in der Einschätzung der Wirkungen des SED/SPD-Papiers.

Die SED hatte zugestimmt, weil sie glaubte, mit ihrem alten Strategiemuster die bisherige Politik ohne Kurskorrekturen fortsetzen zu können. Das heißt mit einer Doppelstrategie; nach außen: sich scheinbar öffnen, auch Reformen akzeptieren. Das schien unumgänglich, war man doch an Friedenssicherung substantiell interessiert, ebenso wie an Wirtschaftskooperation mit der Bundesrepublik. Es war einem kleinen Zirkel in der Führung offensichtlich damals schon klar, daß ohne diese Kooperation die DDR wirtschaftlich kaputtgeht. Und deshalb auch die formale Zustimmung zu einem solch ungewöhnlichen Papier. Und nach innen sollte diese Doppelstrategie als Abriegelung des gesellschaftlichen Dialogs fortgesetzt werden. Aber so sehr man Kritik an diesem Papier heute üben kann, an unserer Blauäugigkeit, an unseren Illusionen, an manchen Formulierungen, genau diese SED-Doppelstrategie durchbrach das Papier erstmals. Denn jetzt hieß es: Innendialog wird zum entscheidenden Kriterium. Außen- und Innendialog gehören zusam-

men. Die bislang recht erfolgreiche Doppelstrategie war mit dem Papier an ihre Grenzen geraten und scheiterte in den folgenden Monaten zusehends. Der Dialog, einmal in Gang gekommen, war nur mehr schwer zu stoppen. Mein Einwand damals beim Gespräch, auf das Herr Reiche verwies, war nicht, daß es kein innenpolitisches Papier sei, sondern daß man es in diesem Zusammenhang von Außen- und Innendialog sehen sollte, sonst ist es von vornherein in der SED, in der DDR zum Scheitern verurteilt. Während Sie, Herr Reiche, völlig zu Recht gesagt haben, Innendialog-alles andere interessiert uns nicht, mußte ich sagen, und so war auch meine persönliche Intention - Außendialog verlangt den Innendialog, und dieser muß eingefordert werden. Und darum begann, wie gesagt, die praktische Auseinandersetzung. Hier zeigte sich die Wirkung in der DDR, die Doppelstrategie begann, worauf ich schon verwies, endgültig zu scheitern. Und das Papier-ohne hier auf einzelne Auseinandersetzungen eingehen zu können - war in der DDR in kurzer Zeit mehrheitsfähig geworden: bei den Reformorientierten in der SED, bei den kritischen intellektuellen Kräften und bei Bürgerrechtlern. Andere, vielleicht Herr Weiskirchen, werden dagegen polemisieren, und da gibt es hier auch noch viel Kritisches zu sagen. Aber meine These ist: die Mehrheit der Bevölkerung hatte nichts gegen das SED/SPD-Papier. Aber wie sich zeigte, konnte sie mit dem Papier auch nicht mehr sehr viel anfangen. Aber bei denen, die sich engagierten und sich an der DDR (noch) rieben, bei Reformsozialisten, Kirchen und Bürgerrechtlern war es mehrheitsfähig geworden. Das ließe sich auch im einzelnen dokumentieren. Das war neu für die DDR. Damit war eine Situation entstanden, die so nicht vorauszusehen war, die wir aber schon wollten, bei all unseren Anpassungen, eben die Chance eines Reformbündnisses in der DDR. Nicht mehr und nicht weniger als eine einmalige Chance war entstanden. Und die mußte genutzt werden. Als Zusammengehen der drei relevanten Gruppen für eine Demokratisierung und Reformierung der DDR

von innen. Die Reformsozialisten haben diese Chance aber nur unzureichend genutzt. Die Gegenstrategie hieß Abriegelung und Zerschlagung eines solchen DDR-Reform-Bündnisses. Der Apparat und die konservativ-orthodoxen Kreise in der SED konnten sich um den Preis ihrer fortschreitenden Delegitimierung noch einmal durchsetzen. Es war ein Pyrrhussieg, die „Stabilität der Angst“ brach zusammen, wie der Mitbegründer von „Demokratiejetzt“, Hans-Jürgen Fischbeck, später bemerkte. Obwohl das Dialog-Papier nicht als Dokument zum Sturz der SED oder gar zur Überwindung der DDR konzipiert war, war es doch an der Öffnung der DDR und ihrer Reformierung orientiert und wirkte später zumindest als ein Katalysator des friedlichen Umbruchs.

Peter Merseburger: Es wurde abgeriegelt, weil die SED-Machthaber die Angst hatten, daß sie die Reformen nicht im Griff behalten werden?

Herr Eppler, Sie haben vorhin gesagt, Sie waren sich gar nicht klar darüber, daß das eigentlich ein deutsch-deutsches Papier gewesen sei. Von Ihnen wäre das eher als ein Systempapier entwickelt worden, aber es wurde doch dann zu einer Art explosivem deutsch-deutschen Papier?

Erhard Eppler: Ich wollte eigentlich nur darauf hinweisen, daß zum Beispiel, wenn von Anerkennung der Existenz die Rede ist, nicht die DDR, sondern dieses System insgesamt gemeint war. Wenn Sie es genau lesen: Es hat mit den beiden Staaten zuerst einmal nichts zu tun. Natürlich ist es dann auch so interpretiert worden, und ich habe ja am 17. Juni dann im Bundestag auch gesagt: mir ist es egal, wenn Ihr das so interpretiert, aber dann muß man etwas hinzufügen. Ich wollte jetzt nur meine Äußerung von vorhin insofern modifizieren. - Ich glaube, wir können uns darauf einigen: Daß das Politbüro geglaubt hat, man könne dieses Papier in der alten Weise durch eine Doppelstrategie entschärfen, manipulieren und verfälschen, zeugte im Herbst '87 von

einem gewaltigen Realitätsverlust. Und das zweite: Daß dieses Politbüro hier in einer ganz wichtigen Sache praktisch gesagt hat „Rin in die Kartoffeln, raus aus den Kartoffeln“, hat die Autorität dieses Politbüros weiter beschädigt.

Peter Merseburger: Herr Weisskirchen, wie hat das Papier damals auf Sie gewirkt?

Gert Weisskirchen: Also gar nicht so, wie das Herr Reißig eben vermutet hat. Ich habe das Papier aus einem anderen Blickwinkel - natürlich - wahrgenommen, aber eben äußerst positiv, und zwar aus der Reaktion heraus, die Steffen Reiche schon angesprochen hat. Ich war bei dem Kirchentag und insbesondere bei dem Kirchentag von unten hier damals in Ostberlin dabei, also sozusagen im Vorlauf dessen, was dann nachher in dem Papier stand. Und ich habe einen wesentlichen Teil der kirchlichen Opposition, pardon, der Gruppen innerhalb der Kirche gesehen und mit denen diskutiert, die sich selber damals kritische Menschen nannten. Wir sollten sehr aufpassen, daß wir nicht ex post diskutieren. Also, Opposition gab's damals nicht, auch diejenigen, die sich später

Opposition nannten, waren nicht Opposition, wollten es auch nicht sein. Zu jenem Zeitpunkt. Wichtig ist, daß sich kritische Menschen auf das Papier berufen konnten. Und das war der Sprengsatz des Papiers. Wenn man sich das Papier genau anschaut, dann stehen eine Menge an Sätzen drin, die, wenn man sie in der Gesamtheit sieht, natürlich in sich selber sehr widersprüchlich sind. Das konnte zu jenem Zeitpunkt auch gar nicht anders sein. Aber es gibt eben auch Sätze von einer solchen Klarheit, daß sie dann für die Gruppen, die diese DDR damals haben verändern wollen, und zwar nicht sprengen wollen, sondern verändern wollen, für diese Gruppen konnten diese Sätze Berufungsfälle werden. Und das hat sich dann auch deutlich gezeigt. Daß sie mit diesen Sätzen nachher operieren konnten, war ein ungeheurer Vorteil, und sie stürzten damit den Rest an Legitimation, den die DDR noch hatte oder das Politbüro noch haben konnte, das stürzte mit diesen Sätzen ein. Einen einzigen Punkt sehe ich kritisch: Das Papier ist ja nur zu verstehen aufgrund des Prozesses der von 1975 ausging, also von Helsinki, und insofern ist dieses Papier ein wesentliches Instrument des Helsinki-Prozesses, mehr noch: eine Radikalisierung des Helsinki-Prozesses. Wenn Sie sich die drei Körbe von Helsinki anschauen, dann finden Sie kein Dokument, das mit dieser Klarheit, in dieser Radikalität Menschenrechte, Demokratie und die Möglichkeit fordert, offen und offensiv und öffentlich zu debattieren. Das ist ein deutlicher qualitativer Sprung innerhalb des Helsinki-Prozesses selbst. Der Punkt, den ich kritisch sehe, ist, daß dieses Papier nicht - hat auch vielleicht nicht können, weil es eben ein SPD/SED-Papier gewesen ist - in die übrigen Prozesse, die ja mit diesem Papier auch zusammenhängen, also Solidarnosc oder Charta 77 eingebunden worden ist. Charta 77 - die gab es schon zehn Jahre. Und das eigentliche Problem, das ich sehe, ist, daß die Sozialdemokratie an diesem Punkt die Symmetrie der Entwicklung zwischen Charta 77, Solidarnosc und den kritischen Menschen innerhalb der DDR nicht richtig erkannt hatte. Das ist aber auch alles,

was ich kritisieren kann. Nichts anderes kritisiere ich. Im Gegenteil! Ich meine, daß dieses Papier ein Sprengsatz gewesen ist, daß es mitgeholfen hat, diesen Umschlag voranzubringen. Der Umschlag, der ja zunächst von der Kooperation hin zur Annäherung vorgeschritten war und über die Annäherung dann zur Auflehnung innerhalb der DDR geführt hat. Dies sind alles Prozesse, die ineinander verwoben sind. Und diese Prozesse haben sich gegenseitig beschleunigt, verstärkt, vorangetrieben. Und ich kann auch, wenn man historisch an das Papier herangeht, nur sagen: Dieses Papier war zum richtigen Moment da. Diejenigen, die sich auf dieses Papier berufen wollten, konnten es auch tun. Und diejenigen, die es abgelehnt haben, haben das der Öffentlichkeit auch deutlich gemacht: nach dem Palme-Friedensmarsch, nach der Umweltbibliothek und nach den Luxemburg-Demonstrationen mit den anschließenden Verhaftungen. Sie haben damit zumindest deutlich gemacht, wie wichtig dieses Papier war: indem sie es demonstrierten durch ihr aktuelles Handeln. - So wurde klar: wenn diese Macht sich so verhält, dann dementiert sie das Papier, das sie selber unterschrieben hat, und dann ist diese Macht objektiv an ihr Ende angekommen. Das mußte deutlich werden. Insofern war auch das Papier gerade in seiner Funktion so wichtig. Die Macht konnte das Papier nicht mehr unterstützen. Und in dem Moment, wo sie es nicht mehr unterstützen konnte, war klar, sie ist am Ende. Es war die letzte Chance - und diese Chance hat sie selber vertan.

4. Wirkungen in der Bundesrepublik

Peter Merseburger: Vorhin fiel hier das Wort, daß die SED versucht hat, den Entspannungsdialog zu monopolisieren. Im Grunde haben Sie so etwas jetzt gesagt von der SPD. Sie hat sich auf die SED konzentriert, Solidarnosc und Charta 77 vernachlässigt. Damit stellt sich die Frage nach der Binnenwirkung des Papiers in der Bundesrepublik. Daß es in der DDR eine explosive Wirkung gehabt hat, haben eigentlich alle hier gesagt.

Aber wie würden Sie die Wirkung dieses Papiers in der Bundesrepublik sehen?

Gerd Weisskirchen: Eine doppelte. Das eine: Die Grünen haben die innere Differenzierung des Entspannungsprozesses auf einen einzigen Punkt reduziert, nämlich auf die Aktionen von unten. So gesehen haben sie das Papier nicht pauschal kritisiert, sie haben es sogar gegenüber Angriffen von Konservativen verteidigt; aber sie haben eben dieses Papier pauschal zugeschlagen zu der etatistischen Form der Entwicklungspolitik. Sie meinten: seht Ihr, die Sozialdemokratie ist zu mehr als zu solchen Abmachungen mit Parteifunktionären nicht fähig. Die Unterstützung von Aktionen von unten fehlte. Das zweite ist, daß es auch in der Sozialdemokratie einige gegeben hat, die gegen das Papier waren. Aber aus einem ganz anderen Grund: aus einem strikt antikommunistischen Grund. Auch innerhalb der Fraktion und innerhalb der Partei gab es solche. Diese beiden Hälften, die Grünen, die sich auch auf die Entspannungspolitik berufen haben, und ein Teil der SPD, der SPD-Rechten, die haben diesen Prozeß nicht aktiv gestaltet. Dieser Prozeß war ein ungeheures Wagnis. Und schwer für alle, die sich darauf eingelassen haben. Und das Wagnis ist überraschenderweise, ohne daß man das selber wußte, als das Papier gemacht worden ist, zu einem ungeheuren Vorteil geworden. Es hat nämlich wie ein Katalysator gewirkt, auch in der bundesdeutschen Debatte selbst, wenn Sie zum damaligen Zeitpunkt „Die Welt“ lesen, den „Rheinischen Merkur“, die „Süddeutsche Zeitung“ bis in die „FAZ“ - der Eindruck war völlig gespalten. Teile haben es äußerst positiv gesehen, wenige haben es negativ gesehen. Ich glaube, daß das im Grunde nur widerspiegelt, daß die Entspannungspolitik selbst ein ungeheures Wagnis gewesen ist, das überraschenderweise gut ausging. Es hätte auch ganz anders ausgehen können - China etwa, die Demonstration auf dem Platz des Himmlischen Friedens - auch das wäre möglich gewesen. Das kann heute keiner mehr sagen. Aber das Papier hat insofern als Katalysator gewirkt und hat die unterschied-

lichen Strömungen innerhalb der Entspannungspolitik sehr deutlich herauskristallisiert. Ich finde, insgesamt jedenfalls, daß man das Papier nicht nur als historisches, sondern auch als eines, das den Prozeß beschleunigt hat, würdigen muß.

Peter Merseburger: Es gab im übrigen auch Kritik von links in der Sozialdemokratie an dem Papier. Helga Grebing zum Beispiel hat mir einen Artikel zugeschickt, den sie im Vorwärts veröffentlicht hat, in dem sie gesagt hat, in dem Papier stünden nicht genügend unsere „alten sozialdemokratischen Traditionen“ drin. Also, es waren nicht nur Antikommunisten in der SPD, die dagegen Front gemacht haben. Aber ich wollte Erhard Eppler fragen: Sie haben ja dann 1989 in einer Rede zum 17. Juni sehr klare Worte über Ihre früheren Partner gesprochen, also über die SED und ihre Reformunfähigkeit und Reformunwilligkeit. Ist Ihnen da die SPD in dieser Situation, nach Ihrer Meinung, genügend gefolgt, und hat sie Ihnen aufmerksam genug zugehört oder nicht?

Rolf Schneider: Ich glaube, es besteht Einigkeit unter allen Ex-DDR-Teilnehmern hier auf dem Panel darüber, daß die Wirkung dieses Papiers in der DDR außerordentlich war. Daß es außer der Schlußakte von Helsinki kein Papier gegeben hat, das eine solche innenpolitische Brisanz entwickelte wie das SED/SPD-Streitpapier. Ich finde nur, es hat nicht nur das Politbüro der SED vor diesem Papier versagt, sondern auch der Parteivorstand der SPD. Die Offensive im Wettstreit der Systeme ist von ihr nicht eingeklagt worden gegenüber der anderen Seite - außer durch Erhard Eppler. Ich stimme Herrn Weisskirchen zu: Wo ist denn die SPD erschienen bei den Bürgerrechtlern? Ich habe mich damals im Kreis der evangelischen Kirche bewegt. Ich habe viel mit Rainer Eppelmann zusammen unternommen, der immer sagte: Wo bleiben denn Deine linken Leute? Es kommen immer nur CSU und CDU zu uns. Die Konsequenz ist, daß Eppelmann heute für die CDU im Bundestag sitzt. Ich begreife auch nicht, warum die Geschichts-

schreibung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands dieses Papier inzwischen verschweigt, als handle es sich um ein häßliches Dokument, dessen man sich schämen müsse [Applaus]. Es ist ein Dokument, auf das sie stolz sein soll, ich kann sie dazu nur ermuntern. Ich habe den Eindruck, daß die von Egon Bahr formulierte Strategie vor 1989-Wir müssen mit der Parteiführung reden, dort fallen die Entscheidungen, die Dissidenten interessieren uns nicht - ist ein böser, nicht nur moralischer, sondern auch politischer Fehler gewesen.

Erhard Eppler: Zuerst muß man natürlich zugeben, daß die Wirkung insgesamt in der alten Bundesrepublik wesentlich geringer war als in der DDR. Es hat nicht in der Weise eine leidenschaftliche, große Diskussion gegeben. Das zweite ist, es stimmt keineswegs, daß damals alle Konservativen dagegen gewesen wären. Keineswegs. Die „FAZ“ hat das Papier Wort für Wort veröffentlicht. Die „FAZ“! Nachdem sie nur darüber geschimpft hatte im Vorfeld, hat sie danach ziemlich respektvoll dieses Papier, das sie selber veröffentlicht hat, kommentiert. Es kam noch etwas dazu: Unmittelbar nach Veröffentlichung dieses Papiers war ja die erste und einzige Diskussion im DDR-Fernsehen, an der ein westdeutscher Politiker teilgenommen hat. Das war ich. Thomas Meyer war noch dabei, sozusagen mehr als Wissenschaftler. Ich habe jetzt gerade wieder einmal, als ich hierher fuhr, mir den Pressespiegel vom 4. September 1989 angesehen, was da in „Die Welt“ und anderswo an respektvollen Kommentaren über diese Sendung drin stand. Ich habe nämlich damals im DDR-Fernsehen gesagt, die deutsche Frage sei genauso offen wie die Weltgeschichte überhaupt offen ist, was natürlich nicht gerade Begeisterung hervorgerufen hat. Ich will damit nur sagen, die Konservativen haben keineswegs damals so gebrüllt, wie manche heute gebrüllt haben wollen. Und schließlich: die Sache war ja mit der Veröffentlichung des Papiers nicht zu Ende. Wir haben permanent eingeklagt, öffentlich. Ich will einmal etwas vorlesen aus einem Papier vom 29. 3. 1989, wo die Grund-

wertekommission sehr vieles sagt, zum Beispiel dies: „Wer Personen verhaftet und bestraft, weil sie an friedlichen Demonstrationen teilgenommen haben, wer Menschen benachteiligt, verfolgt oder bedroht, weil sie in unabhängigen gesellschaftlichen Gruppen am Dialog über die sie betreffenden gesellschaftlichen Angelegenheiten teilnehmen, wer Ausreisewillige diskriminiert und schikaniert, wer Personen an der Einreise auf das eigene Territorium hindert, weil sie unliebsame Kritik geäußert haben, wer die Verbreitung von Zeitungen und anderen Druckmedien zur freien Urteilsfindung erschwert oder verhindert, kann nicht den Anspruch erheben, daß er die offene Diskussion über den Wettbewerb der Systeme, die umfassende Informiertheit der Bürger in Ost und West, den Dialog zwischen allen gesellschaftlichen Organisationen, Institutionen, Kräften und Personen ermöglicht und fördert.“ Dies aber hat das gemeinsame Papier als Norm einer politischen Streitkultur gefordert.

Das heißt also, daß wir das im Nachhinein eingeklagt haben, hat natürlich auch noch einmal gewirkt. Das lief ja auch über die Medien. Und schließlich bin ich ganz sicher, daß in der DDR, und möglicherweise sind Sie da auch besser informiert als ich, meine Rede zum 17. Juni nicht so stark gewirkt hätte, wenn die Leute nicht gesagt hätten: Das ist doch der, der mit einer Eselsgeduld mit unseren Leuten verhandelt hat. Wenn der schon sagt, mit Euch ist buchstäblich nichts mehr anzufangen - dann fürchten wir, daß es stimmt. Ich will damit nur sagen, man muß den ganzen Dialog bis zu dem Abschluß des 17. Juni ansehen. Wir haben '88 in der Grundwertekommission darüber diskutiert, ob wir die Sache abbrechen. Es war eine Mehrheit dafür, und ich habe das im Präsidium vorgetragen, und das Präsidium war dagegen. Nebenbei auch deshalb, weil die Kirchen in der DDR dagegen waren, und die waren dagegen, weil sie sagten: Wir können uns sonst nicht mehr auf das Papier berufen. Brecht nicht ab. Das haben alle meine kirchlichen Diskussionspartner mir gesagt. Als das dann immer schlimmer wurde, habe ich mit meiner Rede am 17. Juni praktisch auf

eigene Faust den Abbruch vollzogen. Nach dieser Rede hat übrigens Reinhold, wie ich später gehört habe, vor Studenten gesagt, einer der schlimmsten Diversanten sei ich. Das war dann nach dem 17. Juni. Das heißt, das Ganze muß als Versuch gesehen werden, der dann schließlich an der SED gescheitert ist, aber dieses Scheitern hat eben mit dem Scheitern der SED insgesamt zu tun.

Peter Merseburger: Aber vielleicht doch noch meine Frage: Haben Ihnen eigentlich auch alle Freunde in der SPD, die Sie im Bundestag hatten, damals aufmerksam zugehört? Man hatte ja manchmal den Eindruck, daß das nicht ganz so war.

Erhard Eppler: Das war nie so. [Lachen, Applaus]

Peter Merseburger: Gut. Herr Uschner hat sich jetzt gemeldet, und dann möchte ich aber die allgemeine Diskussion eröffnen, damit Sie auch zu Wort kommen können und Fragen stellen können und Beiträge zur Diskussion leisten können. Herr Uschner!

Manfred Uschner: Rolf Schneider hat Egon Bahr und seine Rolle erwähnt. Erst vorgestern wurde ihm im Willy-Brandt-Haus in Berlin bei einer Podiumsdiskussion erneut der Vorwurf gemacht, zu lange und zu weitgehend mit der SED verhandelt und die sich im Sommer 1989 hier und dort verstärkt entwickelnde Bürgerbewegung der DDR unterschätzt zu haben.

Nun, das letzte Gespräch zwischen Egon Bahr und Axen, dem ich beiwohnen durfte, nämlich am 17. Februar 1989, war keineswegs abrüstungspolitischen Fragen gewidmet. Es war vielmehr eine einzige Anklage Bahrs gegen die Innenpolitik der DDR. Bahr drohte mit harschen Worten, daß die SPD die Beziehungen zur SED abbrechen würde, wenn das Vorgehen gegen oppositionelle Kräfte in der DDR anhalte und die DDR entgegen eingegangenen Verpflichtungen Barrieren gegen eine Reformpolitik errichte. Axen reagierte passiv. Er verwies allerdings darauf, daß man ihm viele Berichte der Stasi über die „subversiven Kontakte“ der SPD-Politiker Weisskirchen, Duwe, Büchner und vieler anderer vorgelegt habe, um ihm klar-

zumachen, daß die SPD in Wirklichkeit die Abschaffung der DDR wolle. Eine Unterbindung dieser Kontakte habe er immer mit Hinweis auf die Abrüstungsgespräche mit der SPD verhindern können.

Meinen Aktenvermerk über dieses Gespräch ließ Axen vernichten. Er fertigte einen eigenen, anders gefärbten an.

Egon Bahr hat vorgestern im Willy-Brandt-Haus in der Podiumsdiskussion mit Fichter und Hilsberg erneut, wie auch in seinen Memoiren, betont, daß er in der Öffentlichkeit damals auf vieles achten mußte. Immer mußte er die unumstößliche Tatsache beachten, daß in Sachen deutsche Einheit der Schlüssel letztendlich in Moskau lag.

Egon Bahr hatte übrigens die gleichen und natürlich auch höhere Gesprächspartner in Moskau und Washington, wie ich sie hatte. Im Mai 1988 hatten namhafte Leute der US-Administration mir in Washington gesagt: In rund 40 Tagen nach dem 40. Jahrestag der DDR ist es mit der DDR aus. Aber hoffentlich macht keiner Dummheiten, etwa, indem er die Mauer zu früh öffnet. Wir dürfen keinen militärischen Konflikt in der DDR zulassen, weil er außer Kontrolle geraten kann. Wir haben zu vielen Leuten Kontakte und reden über die Lage natürlich auch mit Moskau. Helfen Sie mit, daß im Zusammenwirken verschiedenster Kräfte alles friedlich verläuft! (Über dieses Gespräch habe ich Egon Bahr im September 1988 in Stockholm ausführlich informiert.)

Der deutsche Bundeskanzler hat am 4. November 1993 vor der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags die entscheidende Rolle der veränderten weltpolitischen Situation und der „günstigen historischen Stunde“ hervorgehoben, die man entschlossen genutzt habe. Wäre in der Nacht der Maueröffnung auch nur ein Schuß gefallen, wäre am nächsten Tage die Lage am Checkpoint Charlie in der Berliner Friedrichstraße die alte gewesen. In diesem Zusammenhang habe er inzwischen auch sehr „integre SED-Leute“ kennengelernt.

Peter Merseburger: Ja. Und jetzt möchte ich die Diskussion für alle eröffnen und bitte um Wortmeldungen.